

Position

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **77 (1997)**

Heft 5

PDF erstellt am: **27.04.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ulrich Pfister

«KMU» – EIN POLITISCHER ETIKETTENSCHWINDEL

Kein Politiker, den das unsägliche Kürzel KMU (kleinere und mittlere Unternehmen) nicht sofort auf Trab brächte. Man mag sich über Rahmenbedingungen, Deregulierung, Unternehmensbesteuerung und Sozialpolitik in den Haaren liegen – dass kleine und mittlere Unternehmen der Anteilnahme und Unterstützung bedürfen, scheint von links bis rechts niemand zu negieren. Die Banken werden ins Visier genommen, weil sie in der Kreditvergabe übervorsichtig und unflexibel geworden seien. Den Behörden wird der bürokratische Formalismus vorgeworfen, den man mit umsichtigem Regulierungspfektionismus mitbegründet hat. Im Bildungswesen müsste Innovationsfreude Einzug halten, aber auch hier sind die Gemeinwesen, die Politiker in erster Linie, gefordert. Schliesslich wird der Unternehmergeist beschworen, der sich aus dem Jammertal der um ihre Besitzstände bangenden Leidensgenossen wie Phönix aus der Asche erheben soll. Die mutlose und kurzsichtige Auseinandersetzung um das Arbeitsgesetz ist noch in bester Erinnerung.

Wer sind denn die KMU, und was ist das Besondere daran, das eine spezielle Behandlung erfordert? Definitionsgemäss handelt es sich um Betriebe mit weniger als 500 Beschäftigten, das heisst, um über 95 Prozent aller schweizerischen Unternehmen. Da finden sich alteingesessene gewerbliche Betriebe, die unter normalen Umständen weder mit der Finanzierung noch mit den Behörden Probleme haben. Es sei denn, sie seien in konjunkturelle Schwierigkeiten oder den Strudel des Strukturwandels geraten und suchten nun Hilfe, um Arbeitsplätze, aber damit eben oft auch überlebte Strukturen zu erhalten. Auf der anderen Seite des Spektrums sind die Jungunternehmer, die Kapital für den ungewissen Start suchen und die gelegentlich Mühe haben zu verstehen, zu

welchen Bedingungen potentielle Kapitalgeber Risiken einzugehen bereit sind. Der Appell, unternehmerische Risikobereitschaft und Innovationsfreude zu begünstigen, ist zweifellos berechtigt und nötig; letztlich versteckt sich dahinter aber die Forderung, der Strukturwandel solle nicht behindert, sondern gefördert werden. Und zwischen diesen Polen findet sich die ganze heterogene Palette von kleineren und grösseren, älteren und jüngeren industriellen und gewerblichen Betrieben, von Geschäften, Praxen, Kanzleien und Büros aus dem Dienstleistungsbereich, von welchen der grösste Teil sich verwehren dürfte, als KMU-Problem identifiziert und behandelt zu werden.

Was soll denn die politische Betriebsamkeit, die wegen der strukturpolitischen Ambivalenz der Hilferufe zu den verwunderlichsten Koalitionen geführt hat? Die Versuchung, mit politischen Schrottladungen ins Dickicht wirtschaftlicher Strukturprobleme hineinzuschliessen, weil klare Ziele nicht auszumachen sind, hat keine Partei verschont. Der Begriff KMU erweckt den Eindruck, es handle sich um ein eingrenzbare und definierbare Teilproblem der Wirtschaftspolitik, das eine besondere Behandlung erfordert. Das trifft nicht zu. Der Begriff KMU taugt nicht für die politische Diskussion. Wer für die KMU etwas tun will, soll es für «die Wirtschaft» tun; für alle gilt es, die Rahmenbedingungen und beispielsweise die Unternehmensbesteuerung dem Gebot der Konkurrenzfähigkeit anzupassen. Damit sind wir indes wieder in den normalen politischen Geleisen. Es hilft nichts, mit einem unreflektierten Begriff, unter dem jeder etwas anderes versteht, vermeintliche Koalitionen zu schmieden. Das Resultat ist vorauszusehen, wie immer, wenn in der Politik mit Etiketten geschwindelt wird: Viel Lärm um nichts. ♦